



Berliner Wassertisch e/o David Hachfeld, Böckhstr. 11, 10967 Berlin

An

- die Mitglieder des Berliner Senats
- die Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz, z.Hd. Frau Senatorin Lompscher
- die Berliner Wasserbetriebe, z.Hd. Herrn Burgschweiger
- die Mitglieder der Ausschüsse für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz und für Wirtschaft, Technologie und Frauen des Abgeordnetenhauses von Berlin

Ansprechpartner:
David Hachfeld
Böckhstr. 11
10967 Berlin
0176 24112361
post@davidhachfeld.de

Berlin, den 14. Juli 2008

Stellungnahme des Berliner Wassertisches zum Wasserversorgungskonzept 2040

Die Berliner Wasserbetriebe (BWB) haben im April 2008 ein Wasserversorgungskonzept für Berlin und das von den BWB versorgte Umland bis zum Jahr 2040 veröffentlicht. Das Konzept wurde im Auftrag der BWB von Klaus Möller (UBB Umweltvorhaben) und Jens Burgschweiger (BWB), in Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz erarbeitet. Das Konzept steht in Zusammenhang mit den anstehenden Genehmigungsverfahren (Bewilligung) für die Wasserentnahme aus dem Naturhaushalt durch die neun Wasserwerke. In diesen, für jedes einzelne Wasserwerk durchzuführenden Verfahren werden die wasserrechtliche Zulassung und auch die Umweltverträglichkeit überprüft.

Das vorgestellte Konzept ist nicht einfach nur ein Vorschlag: Während der Präsentation der Studie am 12. Juni 2008 in den Räumen der BWB ist deutlich gemacht worden, dass sich der Senat die Vorschläge des Konzepts zu eigen gemacht hat und, wie die Senatsbeschlüsse vom 1. Juli 2008 zeigen, auch entsprechende politische Folgeentscheidungen trifft.

Im Folgenden nimmt der Berliner Wassertisch Stellung zum Konzept:

Zur allgemeinen Einschätzungen des Papiers

Einerseits ist es zu begrüßen, dass die BWB durch die Veröffentlichung des Konzepts mehr Transparenz in die Strukturplanung der Berliner Wasserversorgung bringen. Dies geschieht vor allem dadurch, dass das Papier eine Reihe relevanter Daten zur Berliner Wasserversorgung öffentlich macht und verständlich aufbereitet. Andererseits ist jedoch eine entscheidende Chance zur Demokratisierung der Berliner Wasserpolitik vertan worden. Das verwundert um so mehr, als doch die EG-Wasserrahmenrichtlinie, im Dezember 2000 verabschiedet, 2002 ins Wasserhaushaltsgesetz (WHG) und 2005 ins Berliner Wassergesetz (BWG) übernommen, Vorgaben zur Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Umsetzung dieser Richtlinie macht (§ 14 EG-WRRL, § 36 WHG, § 2d BWG). Wegen der herausragenden

Bedeutung, die die Wasserversorgung für die menschliche Existenz hat, dürfte es sich eigentlich von selbst verstehen, dass dieses wesentliche Element der Wasserrahmenrichtlinie auch in der Wasserversorgung Anwendung findet. Eine Öffentlichkeitsbeteiligung, wie sie § 16e BWG für Erlaubnisverfahren vorsieht, ebenso bei Verfahren zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung oder eines immissionsschutzrechtlichen Verfahrens ist zwar zu begrüßen, jedoch wegen ihrer Beschränkung auf diese Verfahren unzureichend.

Ein solches Konzept hätte einen guten Auftakt einer öffentlichen Diskussion zwischen Politik, Verbänden und BürgerInnen über die Zukunft der Berliner Wasserversorgung bilden können. Nach einer Phase der öffentlichen Anhörung und Diskussion hätte eine überarbeitete Version des Papiers dann eine gute Grundlage für politische Entscheidungen des Abgeordnetenhauses und des Senats bieten können. Diese Chance ist dadurch zunichte gemacht worden, dass der Senat ohne jegliche Interventionsmöglichkeit durch BürgerInnen und Organisationen die Zielsetzung der Schrift bereits zur Grundlage von seinen politischen Entscheidungen erklärt hat. Dieses Vorgehen ist zu bedauern und zu kritisieren. Die Zukunft der Wasserversorgung der Stadt ist zu wichtig, als dass die Entscheidung darüber den BWB und dem Senat überlassen werden kann.

Zur allgemeinen Einschätzung der Schrift gehört ferner die Feststellung, dass die Tatsache und die Folgen der Teilprivatisierung der BWB leider vollkommen unberücksichtigt bleiben. Dazu ließe sich einwenden, dass sich das Papier nicht mit den betriebswirtschaftlichen Aspekten der Wasserversorgung befasst und die Teilprivatisierung darum zu vernachlässigen ist. Das stimmt allerdings nicht. So wird etwa in Kapitel 9.1. der Trinkwassertarif, der mit der Teilprivatisierung zusammenhängt, als Kriterium für die eine Variantenbewertung genutzt. Auch lässt die Schrift die Tatsache, dass nicht nur der Senat, sondern auch die privaten Investoren Veolia und RWE Einfluss auf die Zukunftsplanung der BWB haben, unberücksichtigt. Es wird also nicht klar, ob, und falls ja, welchen Einfluss die verschiedenen Eigentümer auf die im Papier entwickelte Zukunftsplanung hatten und haben.

Die Dominanz einer bloß technozentrierten Perspektive auf Wasser, die unzureichende Einbeziehung der Abwasserentsorgung in das Konzept, das Übergehen der Öffentlichkeit bei Wasserbewirtschaftungsfragen sowie die fehlende Berücksichtigung der Rolle der privaten Teilhaber lassen jedoch Zweifel aufkommen, ob das vorlegte Konzept tatsächlich geeignet ist, die Berliner Siedlungswasserwirtschaft fit für die Zukunft zu machen.

Zum Inhalt des Papiers

Kapitel I (Seiten 4 bis 44) stellt den Istzustand der Wasserversorgung Berlins dar. Im Wesentlichen handelt es sich um übersichtlich aufbereitete Daten des bisherigen Betriebes und seiner Rahmenbedingungen.

Kapitel II (Seiten 45 bis 71) entwickelt Prognosen des Wasserbedarfs und der dementsprechend benötigten Fördermengen.

In Kapitel 4.2 (S. 34) werden die Wassermengen von Grundwasser-Eigenförderungen aufgeführt. Die 2006 geförderte Menge von 10,7 Mio. m³ entspricht etwa 5% der von den Wasserbetrieben geförderten Jahresdurchschnittsmenge. Eine Diskussion, inwiefern eine stärkere Dezentralisierung eine mögliche sinnvolle Alternative zum zentralisierten *status quo* darstellen könnte, fehlt in dem Konzept leider vollkommen.

In Kapitel 8 werden anhand externer Schätzungen der Bevölkerungsentwicklung im Raum Berlin Prognosen über den Trinkwasserbedarf angestellt. Im Einzelnen lassen diese Prognosen Fragen offen. Doch angesichts der Tatsache, dass sich die Wasserversorgung, um künftige Unterversorgungen auszuschließen, so oder so auch die Maximalprognose

berücksichtigen sollte und das Konzept dies auch tut, ist eine Detailkritik an den einzelnen Prognoseszenarien an dieser Stelle redundant. Das Maximalszenario prognostiziert ein leichtes Wachstum der Bevölkerung (auf knapp 3,6 Mio. in 2040) und einem leichten Anstieg des Wasserbrauchs (von heute ca. 220 Mio. m³/a auf 235 Mio. m³ in 2040). Zur Sicherstellung der Wasserversorgung ist die Berücksichtigung dieser Prognose sinnvoll. Ob allerdings tatsächlich die gesamte Strukturplanung der BWB an diese Prognose anzupassen ist, oder ob es nicht sinnvoller wäre, auf einen etwas geringeren Bedarf zu planen und dabei Optionen einzubauen, bei unerwartet starkem Anstieg kurzfristig zusätzliche Reserven und Investitionen zu aktivieren, wird im Papier leider nicht diskutiert. Durch ein solches vorgehen könnten möglicherweise überdimensionierte Anlagen und damit unnötige Investitionen vermieden werden, ohne das die Versorgungssicherheit gefährdet würde.

In Kapitel 9 werden drei Varianten mit 14, 5 und 10 betriebenen Wasserwerken zur Sicherstellung des prognostizierten Bedarfs präsentiert:

„Variante 1: Wiederaufnahme des Betriebes aller gegenwärtig außer Betrieb befindlichen Wasserwerksstandorte (Buch, Altglienicke, Jungfernheide, Johannisthal, Riemeisterfenn)

Variante 2: Reduktion des Betriebes auf die Schwerpunktwaterwerke (Tegel, Beelitzhof und Friedrichshagen) inklusive Spandau und Stolpe

Variante 3: Weiterbetrieb der derzeit zur Wasserförderung betriebenen Wasserwerke unter Hinzunahme des WW Johannisthal“ (Quelle Wasserversorgungskonzept 2040, S.52)

Eine Begründung, warum gerade diese 3 Varianten berücksichtigt wurden und andere nicht, finden sich nicht in dem Konzept. Dabei wäre z.B. auch eine Variante mit 11 Wasserwerken (etwa Variante 3 + Wiederaufnahme des Betriebs in Jungfernheide) durchaus eine naheliegende und prüfenswerte Option. Auch auf Nachfrage bei der Präsentation am 12.6. konnte darauf keine befriedigende Antwort gegeben werden. Angesichts dessen ist die Auswahl gerade dieser drei Varianten entweder willkürlich, oder die Gründe dafür werden bewusst intransparent gehalten.

In einer Tabelle werden diese drei Varianten dann miteinander verglichen und nach verschiedenen Kriterien gegenüber dem *status quo* bewertet. Der Tabelle sind dabei lediglich die Endbewertungen (++ für hohen Qualitätszuwachs, + für Qualitätszuwachs, 0 für Status Quo, - für Verschlechterung und -- für starke Verschlechterung) zu entnehmen. Auch die nachfolgenden kurzen Beschreibungen der Varianten sind für die Nachvollziehbarkeit der Bewertung vollkommen unzureichend. In einzelnen Punkten sind die vorgenommenen Bewertungen sogar fragwürdig. So wurde beispielsweise bei dem Kriterium Siedelungsverträglichkeit die Variante mit 14 Standorten schlechter bewertet als die mit 10 Standorten, obwohl dadurch eine größere Flexibilität bei der Grundwasserentnahme und dadurch eine bessere Berücksichtigung der Grundwasserstände möglich wäre.

Ohne zu berücksichtigen, dass neben den drei gewählten Varianten noch andere existieren, kommt das Konzeptpapier schließlich zum Schluss, dass Variante 3 (10 Wasserwerke) „aus heutiger Sicht das Optimum“ darstellt (S. 53). Alle weiteren Prognosen und Planungen der Schrift basieren dann auf dieser Variante.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass der erste Teil von Kapitel 9 (S.51-53) negativ aus dem ansonsten übersichtlichen und nachvollziehbaren Papier hervorsticht. Obwohl sich aus dem Kapitel die wesentlichen politischen Konsequenzen ergeben (die Entscheidung über die Standorte und Leistungen der Wasserwerke), ist gerade dieser Teil mehr als dürftig begründet. Auch auf Nachfrage während der Präsentation am 12.6. wurden keine weiteren Begründungen geliefert. Das lässt zwei Schlüsse zu, die beide Grund zur

Sorge geben: Entweder werden in der Berliner Wasserpolitik Entscheidungen über Wasserwerksstandorte ohne Prüfung sämtlicher möglicher Varianten und ohne ausreichende Begründung getroffen, oder die sich dahinter verbergenden Begründungen werden bewusst intransparent gehalten.

Konsequenzen aus der Vorlage des Wasserversorgungskonzepts

Aus der Vorstellung des Papiers ergeben sich eine Reihe von **Forderungen und Fragen**:

1. Bevor politische Entscheidungen mit Folgen für die Zukunft der Berliner Wasserversorgung getroffen werden, muss eine transparente und öffentliche Diskussion für das Wasserversorgungskonzept stattfinden, an denen neben dem Senat und den BWB auch Organisationen der Zivilgesellschaft und BürgerInnen teilnehmen können. Erst auf Grundlage eines überarbeiteten Konzepts, das diesen Diskussionsprozess berücksichtigt, dürfen politische Entscheidungen getroffen werden.
2. Folgende Fragen zum Konzept bedürfen einer Antwort
 - a. Weshalb würden in Kapitel drei gerade diese drei Varianten und nicht andere denkbare (wie z.B. Variante 3 + Wiederaufnahme des Betriebs in Jungfernheide) berücksichtigt?
 - b. Wie sind weitere Varianten im Vergleich zu den gewählten drei zu bewerten?
 - c. Zu den Bewertungen:
 - i. Wie sind die Bewertungen in Tabelle 20 zustande gekommen?
 - ii. Welche Berechnungen liegen diesen Bewertungen zugrunde?
 - iii. Wie würden andere Szenarien bei diesen Berechnungen und Bewertungen abschneiden?
 - iv. Das Kriterium „Trinkwassertarif“ lässt sich auch in Zahlen ausdrücken. Welche Konsequenz auf den Wassertarif hat die Schließung und Wiederinbetriebnahme der einzelnen Wasserwerke auf den Trinkwassertarif? Und welche Folgen ergeben sich für die Höhe des betriebsnotwendigen Kapitals?
3. Das Wasserversorgungskonzept geht zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit von einer Maximalprognose des Bedarfs aus. Bei den anstehenden Genehmigungsverfahren (Bewilligung) sollte im Interesse eines schonenden Umgangs mit den Wasservorkommen nicht die Maximalprognose zur Grundlage der Genehmigung der Fördermenge gemacht werden. Stattdessen sollten Mengen genehmigt werden, die sich an mittleren Bedarfsprognosen orientieren. Zusätzlich sollten Reservekapazitäten genehmigt werden, die jedoch nur bei Eintreten bestimmter definierter Faktoren, die den Bedarf ansteigen lassen, von den Wasserwerken in Anspruch genommen werden dürfen.
4. Bis zum Abschluss der anstehenden Genehmigungsverfahren dürfen keine Wasserschutzgebiete aufgehoben werden, denn aus dem Genehmigungsverfahren (Bewilligung) könnte sich auch die Vorteilhaftigkeit des Betriebs von mehr als 10 Wasserwerken ergeben. Bis dahin dürfen keine nur schwer unkehrbaren Fakten geschaffen werden! Der entsprechende Senatsbeschluss vom 1. Juli 2008 muss daher aufgehoben werden.